

M

MEINUNG

Tageskommentar

Die Heizer aus dem Unterland

von Andrea Masüger



Der «Kartellskandal» von Graubünden macht seit Tagen landesweit Schlagzeilen. Der «Tages-Anzeiger» veröffentlichte am vergangenen Samstag eine Karikatur, die den Kanton Graubünden als eine Landkarte von Gaunern zeigt. Das Online-Magazin «Republik» bringt zielgerichtet zur Urteils publikation der Wettbewerbskommission eine vierteilige Serie zu den Unterengadiner Machenschaften. Constantin Seibt, einer der Chefs der «Republik», die vor einigen Monaten mit viel Pomp und Gloria als die wichtigste journalistische Neugründung des Jahrhunderts gefeiert wurde, schreibt auf Facebook, die Kartell-Serie sei «die wahrscheinlich beste Story in den ersten Monaten nach der Geburt» der Onlinezeitung.

Wenn dies wirklich die beste Geschichte der «Republik» ist, dann ist es mit deren journalistischer Brillanz nicht weit her. Die Fakten sind seit Jahren bekannt. Ende 2012 berichtete die «Südostschweiz» erstmals darüber, dann folgten im Abstand von Monaten weitere Artikel. Im vergangenen Januar wurde der Fall des Whistleblowers Adam Quadroni in der «Südostschweiz am Wochenende» erstmals aufgerollt. Die «Republik» aber schaltete die journalistische Umwälzpumpe ein und kochte den kalten Kaffee Jahre später wieder zu einem heissen Gebräu auf. Dieses lebt von dramatischen Schilderungen rund um die Absprachen, die eher auf Belletristik als auf Fakten beruhen. Die Hauptaussage dabei ist klar: Das Unterländer Rechercheportal hat in der Provinz klandestine Machenschaften geldgieriger Bergler aufgedeckt.

Die Situation ist aber ein bisschen komplexer. Das Bündner Baugewerbe hat schon bessere Zeiten gesehen; am Montag hat ein grosses Bauunternehmen Konkurs angemeldet und 200 Mitarbeitern kündigen müssen. Preisabsprachen zwischen den Akteuren sind verboten und falsch, aber sie könnten vor einem solchen Hintergrund zumindest erklärbar erscheinen, ohne dass ein Tal und ein Kanton gleich zu Kriminellen deklariert werden. Doch wenn die Thematik mal genügend aufgeheizt worden ist, gibt es kein Zurück mehr. Da fallen Regierungskandidaten, und Regierungsräte geraten ins Zwielficht. Nur ganz zufällig vor den Wahlen natürlich.

IMPRESSUM



Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin Samedia Press AG

Verleger: Hanspeter Lebrument; CEO: Andrea Masüger

Chefredaktion Martina Fehr (Chefredaktorin), Thomas Senn (Stv. Chefredaktor, Leiter Zeitung); Mitglieder der Chefredaktion: Nadia Kohler (Leiterin Online), Daniel Sager (Leiter TV), Tom Schneider (Leiter Plattformen), Jürgen Törkott (Leiter Radio)

Kundenservice/Abo Samedia, Sommeraustrasse 32, 7007 Chur, Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo@samedia.ch

Inserate Samedia Promotion

Verbreitete Auflage (Südostschweiz Gesamt): 75 277 Exemplare, davon verkaufte Auflage 71 123 Exemplare (WEMF-/SW-beglaubigt, 2017)

Reichweite 171 000 Leser (MACH-Basic 2018-1)

Erscheint sechsmal wöchentlich

Adresse: Südostschweiz, Sommeraustrasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50

E-Mail: Regionalredaktion: graubuenden@suedostschweiz.ch; Redaktion Inland,

Ausland: nachrichten@suedostschweiz.ch; Redaktion Sport: sport@suedostschweiz.ch;

leserreporter@suedostschweiz.ch; meineregion@suedostschweiz.ch © Samedia

Der Alte

Warum gibt die Weko keine echten Zahlen zur Schummelaffäre?

Hanspeter Lebrument über seine Erfahrungen mit der Weko



Die Weko hat in enger Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten Onlinemagazin «Republik» – das den Lesern neue und bessere journalistische Qualitäten anbieten soll – den Bündner Wahlkampf für Regierung und Parlament vom 10. Juni aufs Schwerste gestört und beschädigt. Eine grosse Zahl schuldloser Bündnerinnen und Bündner sind in eine Affäre gezogen worden, mit der sie gar nichts zu tun haben. Eigentlich müsste die Wahl abgesetzt und neu angesetzt werden. Brutale Eingriffe der Weko sind nichts Neues, Graubünden hat schon schwer darunter gelitten. Es sind jetzt gut 20 Jahre her – Herbst 1996 –, als die Weko die eigenständige Bündner Tagespresse abschaffen wollte. Der Vorgang sei kurz nacherzählt.

Damals übernahm die Gasser Druck und Verlag AG, heute Samedia AG, nach eingehender Abklärung das serbelnde «Bündner Tagblatt». Die Zeitung hatte mich als Firmenleiter angefragt, ob es möglich sei, die beiden Zeitungen unter einem gleichen Verlagsdach herauszugeben. Die Planung war erfolgreich, und so begannen wir, unter einem Dach mit Ausnützung von viel Kreativität, viel Mobilität und einigen gerissenen Sparmassnahmen das von der Politik verdamnte Zweititelsystem und kurz danach das von der Politik noch viel mehr verdamnte Dreititelsystem – unter Anbau der rätoromanischen Zeitung «La Quotidiana» – aufzubauen. Nach wenigen Tagen erhielt ich von Dr. R. (Name dem Autor bekannt) von der Weko einen Anruf. In harschem Ton sprach er die Vermutung aus, dass ich mit der Übernahme und der Herausgabe von «Bündner Zeitung» und «Bündner Tagblatt» im Raume Chur eine marktbeherrschende Stellung aufgebaut hätte, was gemäss dem 1994 geschaffenen Kartellgesetz verboten sei. Ich sagte dem Herrn, dass ich gemäss Bundesverfassung berechtigt sei, Zeitungen herauszugeben. Er sagte mir, das einzig und allein das Kartellrecht in diesem Fall zur Anwendung gelange. Herr R. herrschte mich an und befahl mir, die beiden Zeitungen «Bündner Zeitung» und «Bündner Tagblatt» unverzüglich auseinanderzunehmen und von der zweiten Tageszeitung die Finger zu lassen. Als ich ihm sagte, dass dies nicht möglich sei, riet er mir, einen sehr guten Kartellanwalt anzuheuern und mich auf sehr hohe Bussen einzustellen. Das Einzige, was mir gelang, war, ein Auftritt vor der Weko in Bern zu vereinbaren. Wenige Tage später fand unter dem Vorsitz von Herrn Dr. D. (Name dem Autor bekannt) und einer stattli-

chen Anzahl ernst dreinschauender Herren mein Auftritt statt. Ich kam mir vor, als sässe ich als Angeklagter vor einem Gericht. Hinter mir sass – allerdings ohne mein Wissen – zwei damals gute Weko-Freunde, zwei Generaldirektoren der Publicitas AG, der damals grössten schweizerischen Medienunternehmung. Das Generaldirektorenduo hoffte auf ein schnelles Ende der Bündner Tageszei-

leiten und das «Bündner Tagblatt» per sofort einstellen. Ich sagte den Herren, wie ich dies begründen würde. Aus meiner Mappe nahm ich dafür einen Zettel, auf dem eine Schlagzeile stand. Die Schlagzeile lautete:

«Die Weko schliesst älteste Tageszeitung Graubündens»

Ich erklärte, das wäre der Titel in den bündnerischen Titeln, der erklärte, weshalb das «Bündner Tagblatt» verschwinden müsse. Plötzlich herrschte völlige Ruhe im Raum. Dann fragte einer: «Wenn das 'Bündner Tagblatt' eingestellt würde, gibt es dann noch eine Tageszeitung in Graubünden»? Ich bejahte. Dann kam Bewegung in den Saal. Man beschwor, dass die Weko keine Zeitung einstellen wolle. Es bildete sich ein Konsens unter den Anwesenden, mit meiner Ausnahme: Diese Sitzung habe gar nie stattgefunden. Einem Bediensteten wurde aufgetragen, sämtliche ausgehändigten Papiere einzusammeln und alles zu vernichten und zu löschen.

Alle waren plötzlich ganz lieb zu mir. Sie beschworen mich, das «Bündner Tagblatt» nicht einzustellen. Sie baten mich, beide Titel unter einem Verlagsdach herauszugeben und ja nicht die Schlagzeile «Die Weko schliesst älteste Tageszeitung Graubündens» zu verwenden. Die Publicitas-Generaldirektoren wechselten die Seiten und klopfen mir anerkennend auf die Schulter.

Fragen zum neuen Fall Bauabsprachen in Graubünden

Zum vorliegenden Fall der Preisabsprachen in Graubünden. Die Preisabsprachen, so las man, hätten zu überhöhten Preisen geführt. Wie viel Franken zu viel bezahlt waren, hat die Weko nicht bekannt gegeben. Wenn dem so ist, so haben die Bürger, die Gemeinden und der Kanton das Recht zu wissen, um welche Summen sie geprellt worden sind. Das muss – um wenigstens einige Korrekturen am jetzigen Fall anzubringen – in den nächsten Tagen geschehen. Es muss zudem eine bindende Erklärung geben, warum ein solch schwerwiegendes Ereignis, das seit Jahren untersucht wird, sechs Wochen vor den Wahlen – und nicht zwei Wochen nach den Wahlen – von der Weko bekannt gegeben wurde. Hier wurde – in enger Zusammenarbeit zwischen Weko und einem neuen Onlinemagazin – dem Kanton Graubünden, der in Schillerscher Manie zu einem Gaunerstaat erklärt wurde, hoher Schaden zugefügt. Es ist eine traurige Geschichte, wenn eine Weko jahrelang untersucht, als Resultat aber nur vorlegen kann, es sei abgesprochen und geschummelt worden. Der Kanton muss jetzt mit externen Fachleuten untersuchen, wer wie geprellt wurde. Private sind in ohnmächtiger Wut, weil sie nur vermuten, aber nichts wissen.

Die Weko ist und bleibt für mich eine traurige Institution.

«Es ist eine traurige Geschichte, wenn eine Weko jahrelang untersucht, als Resultat aber nur vorlegen kann, es sei abgesprochen und geschummelt worden.»

tungsära. Sie waren bereit, nach Einstellung der Bündner Tageszeitung den Alpenkanton mit Texten, Bildern und Inseraten zu versorgen. Sie hofften dabei auf mehr Einnahmen. Heute kämpft Publicitas um ihr Überleben.

Der Vorsitzende, Dr. D., legte mir dar, dass ich schwer gegen das damalige Kartellgesetz verstossen habe und kein anderer Weg bleibe, als «Bündner Tagblatt» und «Bündner Zeitung» auseinanderzunehmen. Leider müsse mich die Weko für meine Übelthat streng bestrafen.

Dann bekam ich die Möglichkeit zu einer Stellungnahme. Normalerweise sagt jemand, der in die Fänge der Weko gerät, dass er be-

«Wenn dem so ist, dann haben die Bürger, die Gemeinden und der Kanton das Recht zu wissen, um welche Summen sie geprellt worden sind.»

reit sei, voll zu kooperieren. Ich wusste, wenn ich dies sage, wäre das «Bündner Tagblatt» tot und der Verlag der «Bündner Zeitung» könnte die hohen Bussen nicht bezahlen. Ebenso wäre «La Quotidiana» untergegangen. Also sagte ich: Ich werde der Weko Folge

Follow me

TWEET DES TAGES

«Ich habe heute 20-jähriges Dienstjubiläum! ZWANZIGJÄHRIGES! Und ja, ich habe mit 10 angefangen zu arbeiten.»

@FrauVogelbein

TOPSTORIES ONLINE

1 Offizieller Bericht
Da bleibt einem das Essen im Hals stecken

2 Lärmiges Chur
Schwarze Schafe unter Tunern sind erwacht

3 Konkurs
Pitsch-Baustellen vor ungewisser Zukunft

Die «Südostschweiz» in Ihrem sozialen Netzwerk

Sie sind auf Facebook aktiv und tauschen sich gerne mit Freunden, Bekannten und heimatverbundenen Personen über das Geschehen in der Region aus? Die Medienfamilie der Südostschweiz ist auch auf Facebook aktiv. Kommentieren Sie unsere Beiträge und treten Sie mit uns in den Dialog.

Facebook Südostschweiz
@suedostschweiz



R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

DOMAT/EMS

Heinz Brand fordert Zurückhaltung und Aufarbeitung

An der Delegiertenversammlung der SVP Graubünden mahnte Parteipräsident und Nationalrat Heinz Brand gestern in Domat/Ems zur Zurückhaltung betreffend der aufgedeckten Preisabsprachen. Die Entscheide seien noch nicht rechtskräftig, die SVP Graubünden wolle nicht auf einzelne Betroffene und Ämter schiessen. Die Partei fordere aber die lückenlose Aufarbeitung der Vergehen. Zum Geldspielgesetz fasste die Versammlung im Anschluss mit 87:13 Stimmen die Nein-Parole (mehr in der Ausgabe von morgen). (red)

FLIMS

Ehrendoktorwürde für Pfarrer Martin Fontana

Die Universität Zürich hat zur Feier ihres Gründungstags acht Ehrendoktorwürden verliehen. Einer der Ehrendoktoren ist der Bündner Pfarrer Martin Fontana. Wie die Universität in einer Mitteilung schreibt, würdigt die Theologische Fakultät mit der Auszeichnung das über 50-jährige Engagement des Pfarrers für eine sprachlich aktuelle und bibelwissenschaftlich zuverlässige Übersetzung der Bibel aus dem Urtext ins Surselvische. Martin Fontana ist 1934 in Films geboren und lebt auch heute wieder dort. (red)

CHUR

Anhänger mit Ladung gekippt – keine Verletzten



Auf der Arosastrasse ist es gestern Nachmittag zu einem Selbstunfall mit einem Sachtransportanhänger gekommen. Wie die Stadtpolizei Chur in einer Mitteilung schreibt, ist eine 26-jährige Fahrzeuglenkerin mit einem beladenen Anhänger von Chur in Richtung Arosa gefahren. Unterhalb Maladers, beim Aussichtspunkt «Kanzel», kippte der Anhänger auf die Seite. Verletzt wurde niemand. Während der Bergung des Anhängers musste der Verkehr für rund eine Stunde einspurig an der Unfallstelle vorbeigeführt werden. Die Polizei untersucht den genauen Unfallhergang. (red)

SILVAPLANA-SURLEJ

Kandelaber von Fahrzeug total beschädigt – Zeugen gesucht

Auf der Via Foppas in Surlej ist gestern Nachmittag zwischen 13.20 und 13.40 Uhr ein unbekanntes Fahrzeug mit einem Kandelaber kollidiert. Wie die Kantonspolizei Graubünden mitteilt, hat sich die verursachende Person von der Unfallstelle entfernt ohne den Schaden zu melden. Die Polizei sucht Zeugen. Personen, die Angaben im Zusammenhang mit dem total beschädigten Kandelaber machen können, sind gebeten, sich beim Verkehrsstützpunkt Silvaplana, Telefon 081 257 77 50, zu melden. (red)



Kein Strassenfeger: Die Anfrage von Beat Deplazes (links) mobilisiert am 6. Dezember 2017 vor allem die eigenen Parteikollegen.

Bild Olivia Item

Im Dezember interessierte die Weko nur die wenigsten

Nach dem Baukartell-Skandal gehen die Wogen der Empörung hoch. Noch im Dezember hatte das Thema im Grossen Rat mässiges Echo ausgelöst – trotz praktisch identischer Fakten.

von Olivier Berger

Spät, aber umso deutlicher hat sich diese Woche auch die Bündner FDP zum Baukartell-Skandal geäussert. Die Partei stellt der Regierung in einer Mitteilung eine ganze Reihe von Fragen. «Was für eine Rolle spielt das kantonale Tiefbauamt?», will die FDP wissen. Und: «Was wussten einzelne Regierungsräte, und warum wurde allenfalls geschwiegen?»

Der Steuerzahler, «der durch die Vergabemauschereien wahrscheinlich mit übersetzten Preisen aufs Massivste geschädigt wurde», habe Anrecht auf «eine lückenlose Aufklärung und Transparenz dieses Bauskandals», fordert der Freisinn. Das Vorgehen des Graubündnerischen Baumeisterverbands (Ausgabe vom Freitag) sei «geradezu zynisch und völlig deplatziert», heisst es in einer Mitteilung.

Vor der FDP hatten sich schon andere Bündner Parteien oder wenigstens einzelne ihrer Vertreterinnen und Vertreter empört über das Ausmass des Bauskandals gezeigt. Unisono fordern sie – je nach Standpunkt – eine lückenlose Auf-

klärung durch externe Fachleute oder sogar eine parlamentarische Untersuchungskommission (siehe Kasten).

Im Rat bloss ein Randthema

Weitaus kleiner war das politische Echo noch am 6. Dezember vergangenen Jahres. An diesem Tag behandelte der Grosse Rat eine Anfrage des Churer SP-Parlamentariers Beat Deplazes mit dem Titel «Baukartell in Graubünden».

Obwohl zu diesem Zeitpunkt die meisten Fakten zu den Untersuchungen der Wettbewerbskommission (Weko) auf dem Tisch lagen – die Absprachen von 100 Projekten in der Val Müstair etwa waren seit Wochen samt Details öffentlich –, ergriffen gerade einmal zehn Parlamentarier das Wort.

Von Empörung konnte bei den wenigsten von ihnen die Rede sein. Der Domleschger BDP-Grossrat Ueli Bleiker beispielsweise sagte, er habe den Eindruck, «dass hier im sprichwörtlichen Sinne etwas mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird». Explizite Preisabsprachen lehnte Bleiker damals zwar ab. Er spreche «wirklich davon, in vom Arbeitsvolumen her

Ueli Bleiker beispielsweise sagte, er habe den Eindruck, «dass hier im sprichwörtlichen Sinn mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird».

sensiblen Regionen eine gleichmässige Auslastung auch in kleinen und kleinsten Betrieben zu gewährleisten». Auch andere bürgerliche Ratsmitglieder mahnten zur Ruhe. Man möge doch erst einmal abwarten, was von der Weko noch alles komme, so der Grundtenor.

Anderer Meinung war schon damals der Churer FDP-Parlamentarier Rudolf Kunz. Mit seiner Einstellung sei BDP-Kollege Bleiker «ein verbleibender Dinosaurier einer alten Epoche». Kunz stellte weiter fest: «Viele sind in diesem Denken noch verhaftet, dass Kartelle etwas Gutes sind.» Diese Zeiten seien vorbei. «Und wer das

noch nicht begriffen hat, dem hat jetzt die Weko ganz kräftig auf die Finger gehauen.»

Mehr Freiheit fürs Tiefbauamt

Überhaupt war die Meinung des Kantonsparlaments zu den Submissionsverfahren nicht immer so klar, wie es jetzt den Anschein macht. Im September 2016 behandelte der Rat eine Anfrage von Duosch Fadri Felix (FDP, Suot Tasna) zur Vergabepaxis des Kantons – zu einem Zeitpunkt, als längst bekannt war, dass gegen eine Vielzahl von Firmen ermittelt wird.

Jürg Kappeler (GLP, Chur) etwa forderte im Rat, dass das – inzwischen unter Verdacht stehende – Tiefbauamt künftig auch grosse Aufträge ohne öffentliche Ausschreibung vergeben sollte. Dass der Schwellenwert bei 50 000 Franken liege, liege «völlig quer in der Landschaft und ist eigentlich ein Hohn». Auch Fragesteller Felix fand die 50 000er-Grenze damals «nicht verständlich».

Regierungsrat Mario Cavigelli dagegen gab im Rat zu bedenken, der Schwellenwert sei sogar vom Baumeisterverband «explizit begrüsst worden».

Die FDP schiesst – und trifft den eigenen Mann

Die FDP Graubünden greift den Baumeisterverband (GBV) frontal an.

Der GBV tue «das Ganze als Fake News» ab, was «geradezu zynisch und völlig deplatziert» sei, schreibt die Partei in einer Mitteilung (siehe Artikel oben). Pikant an der ungewohnt harschen Kritik des Freisinns ist

nicht nur die Wortwahl, sondern auch, dass sie ausgerechnet **einen eigenen Mann ins Visier nimmt**. Präsident des GBV ist nämlich Markus Derungs, der in Davos **als Grossratsstellvertreter kandidiert** – für die FDP.

Auf der Internetseite der Davoser Sektion des Freisinns erklärt

Derungs ausserdem, **wieso er gerne auch weiterhin stellvertretender Grossrat bleiben möchte**. «Der vertiefte Einblick», den er als Grossratsstellvertreter in die kantonale Politik erhalte, «hilft mir bei meiner Aufgabe als Präsident des Baumeisterverbands», heisst es da. (obe)

Die SP lobt – und hat doch noch nicht genug

Die SP Graubünden begrüsst die angekündigte Untersuchung des Baukartell-Skandals.

Die Partei begrüsse ausdrücklich, dass die Regierung die Vorfälle um Bauabsprachen im Kanton von unabhängiger Seite abklären lasse, heisst es in einer Mitteilung. «Es ist ein Schritt in die richtige

Richtung», schreibt die SP dazu.

Trotzdem soll es nicht bei der Untersuchung durch externe Fachleute bleiben. Die SP halte **«in aller Form an ihrer Forderung** nach einer parlamentarischen Untersuchungskommission fest», heisst es in der Mitteilung weiter. Die kommenden Monate

müssten «Monate der lückenlosen Aufklärung werden».

Neben den Untersuchungen brauche es auch politische Schritte, so die SP. Graubünden brauche einen Aufbruch **«ohne Filz und illegale Netzwerke»** sowie Investitionen in Kultur, Bildung und Forschung. (obe)

«Niemand zeigt, wo die Reise hingeht»

Der scheidende Bündner Gewerbepräsident Urs Schädler freut sich zwar über die florierende Bündner Wirtschaft. Was die volkswirtschaftliche Zukunft des Kantons Graubünden angeht, ortet er in strategischer Hinsicht aber erhebliche Führungsdefizite.

mit BGV-Präsident Urs Schädler sprach Dario Morandi

Zwölf Jahre stand er an der Spitze des Bündner Gewerbeverbandes (BGV) – und gestern ist er an der Delegiertenversammlung verabschiedet worden (siehe Artikel unten). Urs Schädler hat den Dachverband während dieser Zeit massgeblich geprägt. Wie es ihm dabei ergangen ist, schildert der Firmenchef der Churer Fischer Logistik im folgenden Gespräch. Und dabei nimmt er kein Blatt vor den Mund. Besonders, wenn es um die Zukunft des Kantons Graubünden geht.

Herr Schädler, wenn man Präsident des Bündner Gewerbeverbandes ist, mischt man indirekt in der Politik mit und bewegt sich auf gesellschaftlichem Parkett. Wird Ihnen das jetzt nicht ein bisschen fehlen?

URS SCHÄDLER: Ich schaue in der Tat mit etwas Wehmut zurück auf die Zeit im Präsidium des BGV. Mir hat die Tätigkeit sehr gut gefallen und sie war auch herausfordernd. Aber jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem ich sagen muss: Es ist genug. Nun soll jemand anders in die Hosen steigen. Ich weiss, dass mir das Ganze fehlen wird, aber ich muss gleichzeitig darauf achten, dass ich nicht gleich wieder neue Mandate annehme.

Gute Vorsätze sind da, um sie wieder über Bord werfen zu können, heisst es.

Das mag bei gewissen Gelegenheiten so sein. Fakt ist, dass ich nach meinem Rücktritt wieder etwas mehr Zeit für meine Familie und für mich selber haben möchte. Ausserdem muss ich in unserem Transportunternehmen mehr Präsenz zeigen ...

... das ja in den letzten Jahren unter Ihrer operativen Führung stark gewachsen ist.

Das ist richtig. In den letzten Jahren haben wir einen riesigen Wachstumsschritt vollzogen. Einerseits haben wir mit 65 Angestellten in der Deutschschweiz bei Losetransporten von Baumaterialien mittels Silofahrzeugen inzwischen die volle Abdeckung erreicht. Andererseits haben wir in der Westschweiz noch stärker Fuss gefasst, indem wir kürzlich einen weiteren Be-



Kritische Worte zum Abschied: BGV-Präsident Urs Schädler findet, dass es in der Bündner Politik zu wenig Leadership gibt.

Bild Olivia Item

trieb akquiriert haben, der 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählt.

Während Ihrer Amtszeit hat es ja auch turbulente Zeiten gegeben.

Die hat es gegeben, beispielsweise im Vorfeld der Abstimmung über Olympische Winterspiele in Graubünden. Dass die Vorlage abgelehnt worden ist, habe

«Der Bündner Gewerbeverband hat nach wie vor hohe Durchschlagskraft.»

ich nicht verstanden. Und ich muss zugeben: Das war die bisher grösste Abstimmungsniederlage des Bündner Gewerbeverbandes. Wir waren irrträumlicherweise der festen Überzeugung, dass unser Verband als Vertreter der Bündner Wirtschaft in der Öffentlichkeit so viel Glaubwürdigkeit genießt, um die erneute Olympia-Abstimmung gewinnen zu können. Da haben wir uns wohl getäuscht, leider.

Aber auch das Ja der Bündner Gewerbler zur No-Billag-Initiative hat hohe Wellen geschlagen.

Die Auseinandersetzungen rund um die No-Billag-Initiative haben nach meiner Einschätzung im Vergleich zur Olympia-Diskussion einen weit geringeren Stellenwert. Wir haben in dieser Frage mit der Ja-Parole ganz einfach konsequent für unsere Überzeugung gekämpft, weil wir gegen eine Doppelbelastung im Gebührenbereich waren und sind. Und während Abstimmungskämpfen gibt es halt manchmal Momente, in denen man alleine dasteht.

Die verlorene Olympia-Abstimmung lässt einen bösen Verdacht aufkommen: dass der einst allmächtige Gewerbeverband an Einfluss und Durchschlagskraft verloren haben könnte.

Gemäss meiner persönlichen Statistik hat der Gewerbeverband in den letzten Jahren rund 70 Prozent aller Parolen und Projekte an der Urne durchgebracht. Damit sind wir auf einem guten Stand, auch wenn es mit Olympia und der Zweitwohnungsinitiative nicht geklappt hat. Gerade bei Olympia

haben wir versucht, aufzuzeigen, wie sich Graubünden dadurch weiterentwickeln und volkswirtschaftlich prosperieren könnte. Und diese Gedankengänge hat man uns nicht abgenommen. Um Ihren Verdacht zu entkräften:

«Was wir in Graubünden brauchen, sind Persönlichkeiten, die führen.»

Der Gewerbeverband hat nach wie vor hohe Durchschlagskraft. Dies unabhängig von den Niederlagen bei der Zweitwohnungsinitiative und Olympia, wo wir für unsere Anliegen leider keine Mehrheiten erreichen konnten.

Den Gewerbeverband zu führen, dürfte keine einfache Angelegenheit sein. Vor allem, wenn man sich die Branchenvielfalt anschaut.

Das ist so, weil unser Verband sehr heterogen ist. Da gibt es Mitgliedschaften,

die vom Arzt bis zum Zimmermann reichen. Das macht sich meistens dann bemerkbar, wenn beispielsweise Abstimmungsparen weniger stromlinienförmig sind, als sie sein sollten. Da gibt es dann schon einzelne Mitglieder, die ein bestimmtes Thema anders beurteilen und deswegen einen Austritt erwägen oder diesen dann sogar vollziehen.

Führen heisst gelegentlich auch Macht ausüben. Hat ein Gewerbepräsident Macht?

Von Macht in dem Sinn möchte ich nicht sprechen. Aber als Präsident tritt man als der verlängerte Arm eines ganzen Wirtschaftszweigs mit 6000 Unternehmungen mit etwa 60 000 Arbeitsplätzen in Erscheinung. Als Präsident muss man sich dieser Verantwortung stellen. Deshalb darf man bei Verhandlungen mit Regierungs-, Parlaments- oder Verwaltungsmitgliedern darlegen, wenn man vertritt beziehungsweise was das Gewerbe erwartet.

Wie beurteilen Sie die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in Graubünden?

Momentan ist sie ausgezeichnet. Es läuft in praktisch allen Branchen gut. Die Zahlen im Tourismus zeigen wieder nach oben, wir haben dank hoher Investitionsbereitschaft eine gute Baukonjunktur und die Exportwirtschaft brummt.

Aber irgendwo dürfte der Schuh ja trotzdem drücken.

Primär in der Politik, wo Strategien für die Zukunft fehlen. Es gibt zwar ein Regierungsprogramm. Aber niemand zeigt letztlich, wo die Reise hingeht. Niemand arbeitet an einem aktiven Prozess, der diese Frage beantworten könnte. Oder anders gesagt: Die Politik hat es bisher verpasst, ähnlich wie in der Privatwirtschaft, auf ein bestimmtes Ziel hinzuarbeiten.

Mit anderen Worten: In Graubünden fehlt die strategische Führung.

Ja genau. Denn es fehlt auch an Leadership. Das war schon bei Olympia so. Was wir in Graubünden brauchen, sind Persönlichkeiten, die führen. Wenn Sie wollen, eine Misses oder einen Mister Future. Jemand, der Projekte anschiebt, Ziele setzt und versucht, den Kanton fit für die Zukunft zu machen.

Preisabsprachen sorgen für Diskussionen

Der Bündner Gewerbeverband verlangt eine «lückenlose Aufklärung» des Bauskandals im Unterengadin. Und er hat mit Herbert Stieger einen neuen Präsidenten gewählt, der die Nachfolge von Urs Schädler antritt.

von Dario Morandi

Der Unterengadiner Bauskandal hat auch den Bündner Gewerbeverband (BGV) erreicht. Die Preisabsprachen unter Bauunternehmern waren jedenfalls gestern in Chur an der Delegiertenversammlung ein grosses Thema. Der nach zwölf Jahren abtretende Verbandspräsident Urs Schädler verurteilte das Verhalten der Unternehmer scharf. Wettbewerbsregeln müssten zwingend eingehalten werden, sagte er. Genau das sei aber im Unterengadin nicht geschehen. Aus diesem Grund gelte es jetzt, die Affäre «lückenlos aufzuklären und Transparenz zu schaffen».

Die von der Eidgenössischen Wettbewerbskommission (Weko) aufgedeckten Preisabsprachen waren auch

an der anschliessenden Podiumsdiskussion mit den verbliebenen sechs Regierungsratskandidaten ein Thema. Stellung dazu nehmen konnten allerdings bloss die drei amtierenden Re-

gierungsmitglieder, die sich am 10. Juni der Wiederwahl stellen. Regierungspräsident Mario Cavigelli hatte nach den jahrelangen Abklärungen der Weko zwar erwartet, dass es zum grossen

Knall kommen könnte. Dass er dann dermassen laut war, hat den Baudirektor aber dennoch «schockiert und verärgert», wie er es formulierte. Cavigelli erwartet von den überführten Baumeistern zumindest eine Entschuldigung. Eine solche sei «bisher aber leider nicht zu hören gewesen».

«Konsterniert von der Entwicklung» zeigte sich Volkswirtschaftsdirektor Jon Domenic Parolini. Er habe nicht erwartet, dass die Entwicklung rund um den Bauskandal «ein solches Ausmass annimmt». Die Preisabsprachen bezeichnete er als «inakzeptabel». Und Sicherheitsdirektor Christian Rathgeb stellte klar, dass der umstrittene Polizeieinsatz bei der Einweisung des Informanten in eine psychiatrische Klinik nicht im Zusammenhang mit dem Bauskandal stehe. Weiter wollte er

sich nicht dazu äussern, weil dazu eine Untersuchung läuft. Betraut wurde damit der frühere Zürcher Staatsanwalt Andreas Brunner.

Wie Schädler weiter sagte, steht die Wirtschaft zwar «permanent unter Druck». Sie laufe aber robust, stellte er fest (siehe auch Interview auf dieser Seite). Schädler gab an der Delegiertenversammlung den präsidialen Taktstock an seinen Nachfolger weiter. Gewählt wurde der 54-jährige Churer Informatikunternehmer Herbert Stieger. Und der begehrte Innovationspreis des BGV ging an den Verein Zauberswald Lenzerheide und dessen Initianten Claudia Züllig, Giancarlo Pallioppi und Primo Berera. Durch den grossen Publikumsaufmarsch im Zauberswald sei Lenzerheide schweizweit bekannt geworden, hiess es.

Letzter grosser Auftritt: Präsident Urs Schädler spricht über den Bauskandal und verabschiedet sich von den Delegierten des Bündner Gewerbeverbandes.

Bild Theo Gstöhl

